



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/07/2015
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 25.11.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Anliegen der Jugendräte
Anlage
4. . Bericht über die Präventionsarbeit der Aids-Hilfe Hagen e.V. an Hagener
Schulen
5. . Antrag der CDU-Fraktion
LWL-Bericht "Suchtberatung in Hagen"
Vorlage: 1103/2015
6. . Flüchtlingskinder: Flucht, Entwurzelung, Traumatisierung -
eine Herausforderung im pädagogischen Alltag
Bericht der Verwaltung
7. . Betreuung von Kindern von Flüchtlingen und Zuwanderern und unbegleiteten
minderjährigen Ausländern in Hagen
Bericht der Verwaltung
8. . Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung
Vorlage: 1013/2015
9. . Ausschreibung der Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertageseinrich-
tungen (Kitas)
10. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Ausschussmitglieder und bittet, die Tagesordnung sowohl im öffentlichen als auch im nicht-öffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt „Ausschreibung der Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertageseinrichtungen“ erweitern zu dürfen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Anschließend verpflichtet er Herrn Johannes Schurgacz, der in der heutigen Sitzung zum ersten Mal als Stellvertreter von Herr Hermann als beratendes Mitglied für die katholische Kirche anwesend ist.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet von zwei Förderanträgen, die zusammen mit dem Diakonischen Werk und dem Caritasverband auf den Weg gebracht worden seien.

Frau Keller weist auf einen Flyer zum Thema „Kommunale Bildungslandschaft“ hin, den sie ausgelegt habe. Sie lade die Ausschussmitglieder ganz herzlich zu einem Fachtag ein, der am 08. und 09. Dezember in der Jugendherberge Hagen stattfindet. Man habe eine Analyse durchgeführt und würde diese dann gern zusammen mit den Ergebnissen dieser Fachtagung dem Jugendhilfeausschuss im neuen Jahr vorstellen.

Herr Fischer berichtet vom Sternlauf zur Pogromnacht, an dem 1000 Jugendliche teilgenommen hätten.

Er weist darauf hin, dass der Kindertafelkalender für das neue Jahr vorliege. Mit den Spenden für diesen Kalender unterstütze man Kinder und Jugendliche, die sonst an verschiedenen Angeboten nicht teilnehmen könnten.



3. . Anliegen der Jugendräte Anlage

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Palmowski weist auf zwei kleine Fehler im Antrag des Gesamtstädtischen Jugendrates hin.

Frau Engelhardt teilt mit, dass die SPD-Fraktion das Anliegen des Gesamtstädtischen Jugendrates unterstütze und einen entsprechenden Antrag formulieren wolle, in dem der Jugendrat den sachkundigen Bürgern im finanziellen Ausgleich gleichgestellt würde.

Frau Kaufmann betont, dass eine Umfrage, die sie auf Dezernentenebene gemacht habe, ergeben habe, dass es nicht so sei, dass die Mehrzahl der Jugendräte in Deutschland eine Aufwandsentschädigung erhalte. Ebenso stimme die Aussage nicht, dass die Jugendlichen heute mehr arbeiten müssten als früher.

Herr Reinke teilt mit, dass der Antrag auch von Seiten der CDU-Fraktion unterstützt werde. Er fragt, ob es seitens der Verwaltung einen Verfahrensvorschlag dazu gebe, wie man die Thematik am besten auf den Weg bringen könnte.

Herr Goldbach erklärt, dass man sich im Bereich der freiwilligen Leistung befinde. Wenn der Jugendrat gleichgestellt würde, müsste dieser ein in der Hauptsatzung und Zuständigkeitsordnung vorkommendes Gremium sein, damit ein Sitzungsgeld gezahlt werden könnte. Ob das möglich wäre, müsste dann das Rechtsamt prüfen. Unkomplizierter sei eine andere Alternative. Die Bezirksvertretungen gäben den Bezirksjugendräten ein kleines Budget für ihre Projekte. Wenn sie aus Mitteln des Jugendhilfeausschusses Mittel bereitstellen wollten, sei das im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abzuwickeln. Das werde über den Haupt- und Finanzausschuss in den Rat zur Entscheidung weitergegeben.

Herr Reinke formuliert den Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, Mittel in Höhe von maximal 1.500 € jährlich in die Haushaltsplanberatungen 2016/2017 einzubringen für eine Aufwandsentschädigung an die Mitglieder des Gesamtstädtischen Jugendrates bei der Teilnahme an den Sitzungen.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	1		2
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	1		1
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	6		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 10
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 3

4. Bericht über die Präventionsarbeit der Aids-Hilfe Hagen e.V. an Hagener Schulen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Rau berichtet über die Präventionsarbeit der Hagener AIDS-Hilfe Hagen an Hagener Schulen (**siehe Anlage zu TOP 4**).

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass es erschreckende Untersuchungen gebe, die sich damit beschäftigen, wie es mit der Einstellung zur Gleichberechtigung anderer Geschlechter und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften bei jugendlichen Migranten bestellt sei.

Auch mit den angebotenen Kursen werde es nicht so schnell gelingen, tief verankerte kulturelle Prägungen zu verändern. Sie bittet Herrn Rau, das in sein Aufgabenfeld mit aufzunehmen und dem Ausschuss über die gemachten Erfahrungen zu berichten und etwaige Hilfestellungen für den Alltag anzubieten. Da liege eine große Aufgabe vor der Gesellschaft.

Herr Rau berichtet, dass man vor kurzem Pressemitteilungen rausgegeben habe zum Bereich der Migration, die jetzt auf uns zukomme. Man stehe als Ansprechpartner zur Verfügung und nehme die Herausforderung an.

Herr Fischer ist beeindruckt davon, wie die AIDS-Beratung versuche, auch die Eltern mit einzubeziehen. Welche Erfahrungen habe man damit gemacht?



Herr Rau antwortet, dass sich die Eltern der jungen Migranten erstaunlicherweise wenig einmischten.

Herr Reinke bedankt sich bei Herrn Rau für seinen Vortrag und wünscht weiterhin alles Gute und viel Erfolg bei der Arbeit.

5. . **Antrag der CDU-Fraktion**
LWL-Bericht "Suchtberatung in Hagen"
Vorlage: 1103/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erläutert den vorliegenden Antrag seiner Fraktion.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass Frau Keller vor der Sommerpause die Ergebnisse zur Suchtberatung im Ausschuss vorgestellt habe. Nach der Sommerpause habe man den Ausschussmitgliedern den Bericht zur Verfügung gestellt. Weiterhin habe man das Thema vor kurzem im Unterausschuss beraten. Man könne den Tagesordnungspunkt gern im Februar nächsten Jahres auf die Tagesordnung setzen.

Herr Reinke stellt fest, dass im Unterausschuss deutlich geworden sei, dass zu dem Thema noch viel Beratungsbedarf bestehe.

Er stellt den Beschlussvorschlag des Antrages zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vortrag des LWL zum Projektverlauf und -ergebnis aus dem Jahr 2014 im Jugendhilfe- und im Sozialausschuss zum Thema „Suchtberatung in Hagen“ zu organisieren.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	3		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	6		

Einstimmig beschlossen



Dafür:	<u>13</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>0</u>

6. . **Flüchtlingskinder: Flucht, Entwurzelung, Traumatisierung -
eine Herausforderung im pädagogischen Alltag**
Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steinkamp stellt einen Baustein in der psycho-sozialen Versorgung von Flüchtlingskindern vor, den man entwickelt und an mehreren Stellen realisiert habe **(siehe Anlage zu TOP 6)**.

Herr Reinke zeigt sich überrascht über die Aussage, dass Therapieplätze nicht zur Verfügung stünden. Es handele sich um ein schwieriges Thema und er sei dankbar, dass die Inhalte den Ausschussmitgliedern in Form einer Broschüre zur Verfügung gestellt worden seien.

Frau Witt merkt an, dass sie es für sinnvoll halte, die geplante Supervision für Lehrer auch auf den Bereich der Erzieher auszuweiten. Gebe es derartige Überlegungen?

Herr Steinkamp betont, dass man am Anfang stehe und das mit den Ressourcen mache, die zur Verfügung stünden. Es müsse innerhalb der Stadt noch vernetzt werden. Seiner Meinung nach gehörten die Erzieher klar dazu. Weiterhin nimmt er Bezug auf die Frage von Herrn Reinke. Man müsse sich fragen, unter welchen Bedingungen Therapie stattfinde. Man verfolge eher die Ausrichtung, den Kindern dort Hilfestellung zu geben, wo sie seien.

Herr Sondermeyer weist darauf hin, dass nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene von traumatischen Erlebnissen betroffen seien. Es sei sehr schwierig, Hilfe zu bekommen.

Frau Kaufmann merkt an, dass man das so nicht stehenlassen könne. Sie habe kürzlich die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Herdecke besucht. Man habe dort auch die Ambulanz sehen dürfen und ein gutes Angebot zur Schulung der eigenen Mitarbeiter erhalten. Es gebe eine enge Vernetzung und eine gute Zusammenarbeit. Grundsätzlich sei Hagen in dem Bereich gut aufgestellt.

Herr Goebels ergänzt die Ausführungen von Frau Kaufmann. Man stehe in engem Kontakt miteinander. Gerade in Bezug auf die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge habe man von dort eine Kooperation zugesagt.

Herr Lohmann betont, dass ihn die Konzentration auf das Thema Flüchtlingskinder störe. Er könne aus der Praxis heraus sagen, dass die Traumatisierung der Flüchtlingskinder nicht ausgeprägter sei als die psychische Situation vieler anderer Kinder.



Das dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Es handele sich generell um ein großes Thema.

Herr Fischer weist darauf hin, dass sich die Situation verschärft habe. Das sei mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu schaffen.

Herr Goebels unterstreicht die Ausführungen von Herrn Lohmann. Seine Ausführungen in Bezug auf die Kinder- und Jugendpsychiatrie habe sich auch auf alle Kinder bezogen und nicht nur auf Flüchtlingskinder. Das Thema der stationären und ambulanten Betreuung von Kindern sei sicher ein eigenes Thema, das man gesondert aufbereiten müsse.

Herr Reinke hält das für einen guten Vorschlag, den man im neuen Jahr gerne aufgreife. Er bedankt sich bei Herrn Steinkamp für den Vortrag und sein Engagement.

7. . **Betreuung von Kindern von Flüchtlingen und Zuwanderern und unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen** **Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack berichtet über die aktuelle Situation von Kindern von Flüchtlingen und Zuwanderern.

Die Anzahl der neu-zugewanderten Familien habe sich im letzten Monat leicht erhöht. Bisher seien monatlich durchschnittlich 70 Kinder unter sechs Jahren hinzugekommen. Im vergangenen Monat seien es 90 Kinder gewesen. Insgesamt zeige die Statistik eine Erhöhung um 1300 Kinder U6.

Dabei liege der Anteil der Kinder von EU-Zuwanderern nach dem Freizügigkeitsgesetz bei 75%.

Die Altersstruktur zeige, dass 50% der Kinder unter drei Jahren seien.

70% der neuen Mitbürger ließen sich im Stadtbezirk Mitte nieder. Hier seien es insbesondere die Sozialräume Stadtmitte, Altenhagen und Wehringhausen, die extrem belastet seien (Haspe 12%, Hagen-Nord 10%, Eilpe 5% und Hohenlimburg 4%).

Bei den EU-Zuwanderern stammten 50% (495) aus Rumänien; gefolgt von Bulgarien (114) und Polen (103). Darüber hinaus stammten 65-75 U6-Kinder aus Griechenland, Spanien und Italien.

Bei den Flüchtlingskindern seien 25% syrischer Abstammung (78), gefolgt von Kindern aus dem Kosovo (34) und Serbien (25). Weitere Herkunftsländer seien Nigeria, Afghanistan, Eritrea, Marokko, Iran, Irak, und Albanien.

Im laufenden Kindergartenjahr hätten 425 Kinder mit einem Betreuungsplatz in einer Kita versorgt werden können. Davon seien 98 Kinder unter drei Jahren und 327 Kinder im Alter von 3–6 Jahren (davon 94 Kinder im letzten Kindergartenjahr).

Die Anzahl der nicht-versorgten Kinder belaufe sich aktuell auf 308 Kinder im Alter von 3–6 Jahren (davon 90 Kinder im letzten Jahr) und 143 Zweijährige.



Zur Versorgung dieser Kinder seien 60 Plätze analog der Tagespflege für die nicht-versorgten 3–6 jährigen Kinder und 200 Plätze in Krabbelgruppen nach dem Landesprogramm „Projektmittel zur Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien“ geschaffen worden.

Herr Fischer ergänzt, dass man gestern im Jugendring mit den Mitgliedsverbänden zum Thema Kinder- und Jugendarbeit zusammen gesessen habe. Die Kinder und Jugendlichen hätten ihre Angebote vorgestellt. Man habe sich darauf verständigt, zusammen mit dem Fachbereich einen Runden Tisch für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ins Leben zu rufen. Dort sollten diejenigen, die in dem Bereich aktiv seien, sich miteinander abstimmen und sich gegenseitig helfen.

Herr Reinke zeigt sich erfreut über diese Mitteilung.

Frau Buchholz fragt, ob es angedacht sei, Großtagespflegegruppen einzurichten. Gebe es genug Tagesmütter und geeignete Räumlichkeiten?

Frau Haack antwortet, dass geeignete Räumlichkeiten das größere Problem seien. Es gebe im Moment dazu Gespräche mit der Fachabteilung und den Trägern, die Tagespflege in Hagen anböten, wie man perspektivisch damit umgehen könne.

Herr Goebels berichtet zum aktuellen Stand „Unbegleitete minderjährige Ausländer in Hagen“.

Man habe heute den Aufnahmeschlüssel durch das Landesjugendamt Rheinland bekommen. Es seien zurzeit insgesamt 9917 unbegleitete minderjährige Ausländer in Nordrhein-Westfalen unterzubringen oder bereits untergebracht. Davon müssten noch 297 verteilt werden. Die Quote für Hagen betrage ca. 100/105 minderjährige unbegleitete Ausländer, die aufgenommen werden müssten. Das sei der aktuelle Stand, der sich allerdings täglich verändere. Mit dem heutigen Tag habe man 61 minderjährige unbegleitete Ausländer in Hagen untergebracht. Er sei den Trägern dankbar für ihre Kooperation. Leider käme es innerhalb der Gruppe der jungen Menschen auch zu Spannungen.

Herr Reinke möchte wissen, ob alle 61 minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge hätten untergebracht werden konnten.

Herr Goebels weist darauf hin, dass von den 61 jungen Menschen 12 im Rahmen von Inobhutnahmen untergebracht worden seien. Diese müssten vom Land formal noch zugewiesen werden. Erst dann könne eine Vormundschaft eingerichtet werden. Wenn bis Ende des Jahres alle 105 Menschen zugewiesen würden, werde es mit der Unterbringung kritisch. Man habe daneben auch normale Unterbringungen. Das werde allmählich zu einem Riesenproblem.

Herr Reinke möchte wissen, ob es Lösungsansätze gebe.

Herr Goebels bejaht diese Frage und stellt fest, dass die Unterbringung nach § 42 a SGB VIII den Kommunen ein wenig weiterhelfe, weil man dort nicht die Jugendhilfestandards umsetzen müsse. Kurzfristig müsste man auch mal flexible Lösungen finden, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Man suche auch das Gespräch



mit den Trägern im Hinblick auf Verselbständigungen von denjenigen, die schon länger untergebracht seien, um freie Plätze zu schaffen.

Frau Witt möchte wissen, ob genug Wohnungen für Verselbständigungen vorhanden seien.

Herr Goebels erklärt, dass das im Moment noch kein Problem sei. Das könne sich natürlich zukünftig anders darstellen.

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass die Jugendlichen, die betreut werden müssten, sehr unterschiedlich seien. Eine große Gruppe dieser Jugendliche werde sehr leicht zu integrieren sein. Andere Jugendliche seien völlig anders sozialisiert. Die Betreuung von Jugendlichen aus den Balkanländern beispielsweise sei sehr schwierig. Sie habe Zweifel daran, ob man das schaffe. Man müsse sich Gedanken darüber machen, ob diese Standards beibehalten werden könnten.

Herr Lohmann berichtet, dass man in Dortmund am 11. November, 24.00 Uhr 70 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehabt habe. Nur 6 Stunden später habe sich die Zahl auf 210 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erhöht. Jede genannte Zahl sei bereits kurze Zeit später überholt.

8. . Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Vorlage: 1013/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack erläutert die Vorlage.

Herr Reinke weist darauf hin, dass mit dieser Vorlage auch die Übernahme der Trägeranteile beschlossen wird. Er fragt, ob die für das Kindergartenjahr 2016/2017 angekündigten Fördermittel des Landes aus dem Betreuungsgeld, die als Betriebskostenzuschuss an die freien Träger gezahlt werden sollen, die Stadt Hagen dann von dieser Übernahme der Trägeranteile entlasten werde.

Frau Baumann nimmt Bezug auf den Passus der freiwilligen Leistungen in der Vorlage. Sie habe das so verstanden, dass die Übernahme der Trägeranteile seit einigen Jahren praktiziert würde. Sie habe davon bisher keine Kenntnis gehabt. So wie es in der Vorlage beschrieben sei, habe sie den Eindruck, dass alle freien Träger, die Träger von Kindertageseinrichtungen seien, dazu befragt worden seien, ob sie auskömmlich seien. Das sei nicht der Fall gewesen. Sie vertrete die Interessen von 16 Elterninitiativen in Hagen, von denen nicht eine dazu befragt worden sei. Die Gründe, die dargelegt würden im Hinblick auf die Inanspruchnahme der freiwilligen Leistungen, träfen auf die Elterninitiativen in gleichem Maße zu. Sie könne die Ausnahmesituation der Betroffenen nicht erkennen. Sie möchte wissen, welche Möglichkeiten für die Elterninitiativen bestünden, in diesem Punkt gleich behandelt zu werden.



Herr Goldbach betont, dass es so sei, dass man in den beschriebenen Fällen in Notsituationen habe aushelfen müssen. Voraussetzung sei dabei immer gewesen, dass der Notfall auf den Einzelfall bezogen habe nachgewiesen werden müssen. Wenn der Notfall nachgewiesen sei und die Gruppe dringend benötigt würde, sei das Grundlage dafür gewesen, das dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Wenn es im Einzelfall so sei, dass das auch auf Einrichtungen zuträfe, die von ihr betreut würden, müsste man auf das Amt zukommen und das Gespräch suchen.

Frau Haack zeigt sich ein wenig verwundert. Vor einigen Jahren habe es dazu viele Diskussionen auch in der Arbeitsgemeinschaft 3 gegeben. Dort seien die Träger der Kindertageseinrichtungen vertreten. Seinerzeit habe man zu jedem Einzelfall eine Ausnahmegenehmigung bei der Bezirksregierung Arnsberg beantragen müssen. Das sei sehr öffentlich geschehen.

Frau Niemann sorgt sich um die Kinder, die nicht betreut würden. Könnte nicht eventuell die Zahl der Tagesmütter erhöht werden?

Frau Haack erinnert daran, dass sie bereits ausgeführt habe, dass dazu im Moment Gespräche geführt würden. Bei vielen Eltern sei es so, dass keine Tagespflege gewollt sei, wenn sie keinen Platz in einer Kindertageseinrichtung bekämen. Das habe sich trotz massiver Bemühungen bisher kaum geändert.

Frau Niemann bittet darum, dass dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen sowohl die Landes- als auch die kommunalen Richtlinien vorgestellt würden.

Herr Goldbach betont, dass man den Prozentsatz von Tagespflege steigern wolle. Dieser sei in Hagen vergleichsweise niedrig. Man müsse die Randzeitenbetreuungen besser gestalten. Man befinde sich dazu in Gesprächen mit den Trägern. Man werde gern im neuen Jahr über dieses Thema berichten.

Frau Burghardt zeigt sich besorgt, dass in dieser Notsituation die Standards zu Lasten der Kinder gesenkt würden. Das müsse mit Augenmaß geschehen. Man brauche die Mindeststandards. Sie vertraue aber der Verwaltung da vollkommen.

Frau Witt erinnert an das Leuchtturmprojekt, das in der Vergangenheit mal in Planung gewesen sei. Vielleicht könne man dieses Projekt wiederbeleben.

Herr Hannusch merkt an, dass dieser Bereich im Moment starken Veränderungen unterliege. Man müsse im Moment abwägen, inwieweit man unter Berücksichtigung der Standards flexibel auf die neuen Herausforderungen reagiere. Dieser Prozess benötige einen gewissen Zeitrahmen.

Frau Engelhardt nimmt Bezug auf die Angaben in der Vorlage, wie viele Plätze im Sozialraum zur Verfügung stünden. Sie fragt nach der Anzahl der Kinder, die im Sozialraum nicht versorgt seien. Weiterhin merkt sie an, dass der Kindergartenbedarfsplan und der Schulbedarfsplan in einem Zusammenhang stünden. Sie möchte wissen, ob das berücksichtigt würde und ob die Ämter sich dazu austauschten.



Die Frage wird von Herr Goldbach bejaht. Die Frage der Versorgungsquote könne erst am Ende der Regionalkonferenzen beantwortet werden. Man werde die Ergebnisse dann im Ausschuss vorstellen.

Herr Lohmann weist darauf hin, dass man im Stadtbezirk Mitte die meisten unversorgten Kinder habe. Die Turnhalle Berghofstraße, die nun als Flüchtlingsunterkunft genutzt werde, sei ursprünglich als Kindertagesstätte geplant gewesen. Wann würde diese Turnhalle als Kindertagesstätte zur Verfügung stehen?

Frau Kaufmann erwidert, dass man im Moment jeden Tag dabei sei, Wohnungen zu akquirieren, diese einzurichten und Menschen darin unterzubringen. Diese Notsituation habe sich akut ergeben, weil man so viele Zuwanderer habe unterbringen müssen. Sie gehe davon aus, dass man die Turnhalle in den nächsten Monaten freiziehen werde.

Herr Goldbach ergänzt, dass die Kindertagesstätte dann frühestens 2017/2018 an den Start gehen könne.

Frau Haack weist darauf hin, dass gerade die Stadtteile Altenhagen und Innenstadt die Standorte für Container-Kitas seien.

Herr Reinke lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Platzkontingente für die Belegung des Kindergartenjahres 2016/2017.
2. Zur Umsetzung der Maßnahmen wird den Zuschüssen zur Finanzierung der Eigenanteile der freien Träger wie dargestellt zugestimmt.
3. Die Planung wird zu Beginn des Kindergartenjahres am 01.08.2016 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	2		
Die Linke	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	6		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



9. . Ausschreibung der Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertageseinrichtungen (Kitas)

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke weist darauf hin, dass der Haupt- und Finanzausschuss diese Vorlage in den nicht-öffentlichen Teil geschoben habe und dazu einen Vorbehaltsbeschluss gefasst habe. Damit habe der Jugendhilfeausschuss die Gelegenheit, die sachlich/fachliche Diskussion zu Ende zu führen.

Es stelle sich die Frage, in welchem Teil der Tagesordnung man die Diskussion dazu führen wolle.

Frau Kaufmann berichtet, dass man dieses Thema im Verwaltungsvorstand beraten habe und man bitte darum, die Diskussion zu der Vorlage im nicht-öffentlichen Teil der Tagesordnung zu führen.

Herr Reinke stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.

10. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18:00 Uhr

gez. Detlef Reinke

Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe

Schriftführerin